

Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie- erste Zwischenbilanz, Teil 2

Federführung: Nationale Arbeitsschutzkonferenz (NAK)

Nachdem die Träger der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie - Bund, Länder und Unfallversicherungsträger - am Vormittag eine erste Zwischenbilanz gezogen haben, steht am Nachmittag der Transfer in die Betriebe im Vordergrund.

Die Veranstaltung wendet sich an Betriebspraktiker im weitesten Sinne sowie an alle interessierten Kongressbesucher von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern.

Vorgesehen sind zwei moderierte Podiumsdiskussionen, in denen die vier bereits gestarteten Arbeitsprogramme „Gesundheitsschutz bei Feuchtarbeit und Tätigkeiten mit hautschädigenden Stoffen“, „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Pflege“, „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Bau- und Montagearbeiten“ sowie „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Zeitarbeit“ vorgestellt werden. Die Sprecher der Arbeitsprogramme stellen ihre Projekte, die betrieblichen Interventionsmaßnahmen sowie geplante Informationsmedien und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vor. Vertreter der Sozialpartner nehmen Stellung zu den Erwartungen und Rahmenbedingungen bezüglich der betrieblichen Umsetzung. Unternehmensvertreter sprechen über die praktische Machbarkeit und berichten von ersten Erfahrungen.

Fragen aus dem Auditorium werden vor und während der Veranstaltung gesammelt und dem Moderator zugeleitet.

Moderation: Dr. Helmut Deden, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW / Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI)

14:00 - 15:00 Uhr

Arbeitsprogramm Haut

Dr. Burkhardt Jaeschke, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg (BSFGV)

Arbeitsprogramm Pflege

Albrecht Liese, Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW)

15:00 - 15:20 Uhr Pause

15:20 - 17:00 Uhr

Arbeitsprogramm Bau/Montage

Karl-Heinz Noetel, BG der Bauwirtschaft

Arbeitsprogramm Zeitarbeit

Dr. Bernhard Brückner, Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit (MFAFG)